

IM BLICKPUNKT

Schleichende Entwicklungen

Vieles entwickelt sich langsam, aber dafür um so sicherer. Ist schließlich ein gewisser Punkt überschritten, dann entsteht eine Eigendynamik, die Korrekturen kaum noch zuläßt. Wie die Erfahrung zeigt, führt die Uneinigkeit der politischen Parteien und die Macht der Verbände in unserem Lande zu einer ernstzunehmenden Lähmung der Staatsgewalt.

So konnten sich die verschiedenen Arten der Kriminalität ausbreiten und kriminelle Strukturen konnten sich gezielt etablieren. Wir leiden unter der Kriminalität, aber die politisch Verantwortlichen finden keinen fundierten, gemeinsamen Weg, sie zu bekämpfen. Sie kann daher weiter wuchern.

Zu den schleichenden Entwicklungen gehören inzwischen auch

- der Machtverlust der Gewerkschaften durch neue Strukturen des Arbeitslebens,
- der Machtverlust der Politik, die bestimmte Entwicklungen – wie die Globalisierung des Wirtschaftslebens und den milliarden schweren Abfluß von Spargeldern auf Auslandskonten – nur noch zur Kenntnis nehmen kann.

Dazu zählen aber auch:

- der Einflußverlust der Kirchen, die infolge einer zu harten „Steuerschraube“ immer mehr Kirchenglieder verlieren müssen, weil der Normalverdiener fast nur noch durch einen Kirchenglieder Austritt eine spürbare Steuerentlastung erreichen kann.

Stetig entwickelt hat sich

- der Schwarzarbeitsmarkt. Auch hier geht es um's Steuer sparen. Wen kann es wundern? Die Industrie hat auf breiter Front Wege gefunden, die Körperschaftssteuerlast langsam gegen Null gehend abzubauen.

- So fehlen dem Staat heute Körperschafts- und auch Einkommensteuern, weil bestehende Steuerspargesetze am besten ausgenutzt werden können, wenn es um die Besteuerung hoher Gewinne geht.

- Zum Nachteil entwickelt haben sich auch die Verhältnisse auf den deutschen Hochschulen. Uneffektive Studienbedingungen führen zu einer massiven Verteuerung des Studiums, weil es sich stetig mehr in die Länge zieht und die Studienabschlüsse auf sich warten lassen. Aber auch so kann man den Arbeitsmarkt entlasten!

Da viele Fehlentwicklungen nur vom Staat, nicht von der Wirtschaft und nicht vom einzelnen Bürger korrigiert werden können, ist es an der Zeit, eine breitere politische Basis für die Lösung der anstehenden Fragen zu schaffen. Darauf mit hinzuwirken, das wiederum sollte jedoch der einzelne Bürger tun.

R. P.

Neue Untersuchungsergebnisse des Forschungsrates Kältetechnik

Der Forschungsrat Kältetechnik hat Untersuchungen zu den folgenden Themen durchgeführt:

- Aktueller Überblick zum Ersatz des Kältemittels R 22,
- Wärmeübergang beim Sieden von Gemischen an Hochleistungsrohren (Studie),
- Schwingungen in Kälteanlagen (Studie),
- Gaspulsationen in Kälteanlagen (Studie).

Die Projekte wurden durch namhafte Unternehmen der Kältetechnik begleitet und aus Eigenmitteln des Forschungsrates Kältetechnik finanziert.

Die vorliegenden Abschlußberichte können gegen eine Schutzgebühr über die Geschäftsstelle des Forschungsrates Kältetechnik e. V., Lyoner Str. 18, 60528 Frankfurt, Tel. (0 69) 66 03 12 77, Fax (0 69) 66 03 22 76, bezogen werden.

Zahl der Handwerksbetriebe gestiegen

Schwierige Konjunkturlage kein Hinderungsgrund

Die Zahl der Handwerksbetriebe ist weiter gestiegen, hatte ZDH-Generalsekretär Hanns-Eberhard Schleyer in Bonn zu verkünden. Am 30. Juni 1997 wurden im Bundesgebiet 830 514 Betriebe des Handwerks und handwerksähnlichen Gewerbes gezählt; das sind 0,8 Prozent mehr als zum Jahresende 1996, als die Zahl noch bei rund 824 000 lag. Ende Juni 1997 waren 676 515 Betriebe im Vollhandwerk gemeldet und damit 1434 mehr als zum Jahresende 1996. Auf Ostdeutschland entfielen davon 437, auf Westdeutschland 997 zusätzliche Betriebe. Im handwerksähnlichen Gewerbe wurden zum 30. Juni 5292 Betriebe mehr gezählt – insgesamt waren es 153 999. In den neuen Ländern fiel die Zunahme mit 9,2 Prozent mehr als Ende 1996 besonders stark aus; die alten Bundesländer brachten es auf 2,4 Prozent.

Der Generalsekretär bewertet diese Entwicklung mit Zurückhaltung. Er meint, man könne noch sehr viel mehr beschäftigungswirksame Neugründungen registrieren, wenn die Betriebe des Handwerks endlich bei den zu hohen Steuern und

Abgaben entlastet würden. Er fordert die rasche Umsetzung der notwendigen Reformen des Steuer- und des Sozialversicherungssystems. Wenn es überhaupt noch die Bereitschaft gebe, einen Betrieb zu gründen, dann sei es das Ergebnis einer Aus- und Weiterbildung im Handwerk, die von Anfang an – insbesondere aber mit dem Abschluß der Meisterprüfung – zur beruflichen Selbständigkeit erziehe und qualifiziere. E. S.

Lehrlinge erwirtschaften mehr als sie kosten

„Auszubildende sind ihr Geld wert“, findet das Institut für Berufsbildung (BIBB). Sie verdienen mit ihrer produktiven Arbeit das Geld, das sie monatlich von ihrem Betrieb als Ausbildungsvergütung erhalten, und zwar in einer seit Anfang der 70er Jahre kaum veränderten Anzahl betrieblicher Arbeitstage.

Die Höhe der Ausbildungsvergütungen ebenso wie die vermeintlich geringen Anwesenheitszeiten der Auszubildenden im Betrieb werden in der öffentlichen Diskussion als zwei entscheidende Gründe für den Rückgang der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft genannt. BIBB hat im Rahmen einer Studie zu den im Jahr 1995 durchschnittlich in Industrie, Handel und Handwerk aufgewendeten Ausbildungskosten daher unter anderem den Ertrag der produktiven Arbeitsleistung der Auszubildenden der Höhe der Ausbildungsvergütungen gegenübergestellt.

Als Ergebnis zeichnet sich ab, daß Auszubildende aufgrund ihrer produktiven Leistungen im Durchschnitt 13 528,- DM pro Jahr erwirtschaften. Dem stehen 12 695,- DM gegenüber, die durchschnittlich pro Jahr als Ausbildungsvergütungen gezahlt werden – ohne gesetzliche, tarifvertragliche und freiwillige Sozialleistungen. Das heißt, die durchschnittlichen Erträge liegen um knapp 1000,- DM über dem Monatsverdienst der Auszubildenden. Die Anzahl produktiver Arbeitstage der Auszubildenden im Betrieb ist seit Beginn der 70er Jahre so gut wie konstant. Während zum damaligen Zeitpunkt von den Sachverständigen der Kommission „Kosten und Finanzierung der Beruflichen Bildung“ 125,5

Die USA tun was: FCKW-Schmuggler zu 37 Monaten Haft und 375 000 US\$ Geldstrafe verurteilt

Wie die amerikanische Fachzeitung The AC, H & R News in ihrer Ausgabe vom 15. September 1997 berichtet, wurde Roland Wood, president of Refrigeration USA, Hallandale (Florida), jetzt durch ein US-Distrikt-Gericht in Florida zu einer Strafe von 37 Monaten Gefängnishaft und Zahlung von 375 000 US\$ Strafe verurteilt. Wood muß die Haft am 1. Februar des kommenden Jahres antreten.

Die Verurteilung erfolgte, weil Roland Wood überführt wurde, insgesamt 4000 Tonnen R 12 illegal in die USA eingeführt zu haben. Zusätzlich zu Haft- und Geldstrafe wurde Woods eine 3jährige Bewährungsauflage erteilt, ebenso muß er 30 Mio. US\$ Steuern nachzahlen zum Ausgleich der durch die Schwarzimporte hinterzogenen FCKW-Steuern in den USA. Roland Wood, president of Refrigeration USA, kaufte das FCKW-Kältemittel R 12 in Europa unter Vortäuschung fiktiver Firmen, die angeblich ihren Sitz in der Türkei, den Caicos Inseln, der Schweiz oder der Kanalinseln hatten, ein. Unter dieser Tarnung wurde auch der Eindruck beim Verkäufer erweckt, daß die fiktiven Firmen über exklusive Lizenzen bzw. FCKW-Importgenehmigungen für Florida, USA, verfügten.

Neben Woods wurde auch seine Buchhalterin Diana McNally zu einer Haftstrafe von 30 Tagen und einer Geldstrafe von 15 000 US\$ sowie einer zusätzlichen 3jährigen Bewährungsauflage verurteilt. Ein gleiches Schicksal erfuhr die Import-Export-Sachbearbeiterin Lisa Salazar, sie erhielt ein Strafurteil zur Zahlung von 15 000 US\$ und eine sogar 5jährige Bewährungsauflage. Beide Angestellte wurden zudem mit einem Verbot jeglicher Berufsausübung in einem Unternehmen unterzogen, das in irgendeiner Weise in einer Geschäftsverbindung mit Roland Woods steht oder stehen könnte.

Wie die News mitteilt, soll es sich bei dem hier geschilderten Kriminalfall um das bisher größte Verbrechen handeln, das im Zusammenhang mit illegalen FCKW-Importen in die USA steht.

Tage ermittelt wurden, kommt das BIBB bei seinen Berechnungen für die 90er Jahre auf 126 Tage. E. S.

Nachholbedarf trotz aller Notwendigkeit zur Deregulierung

Für die Schaffung von Vorschriften zu Anlagendichtheit und Sachkunde bei einem Umgang mit Kälte- und Klimaanlage setzte sich MdB Ernst Schwanhold, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, anlässlich seiner Eröffnungsrede zur IKK '97 am 9. 10. 1997 in Essen ein. Schwanhold wörtlich: „Niemand soll glauben, daß die Politik in ihrer Entscheidungsfindung zu besseren Lösungen kommt, als sie die Fachleute in der Wirtschaft und in der Wissenschaft für sich selbst als die optimier-

ten Wege erarbeitet haben. Für die Politik heißt dies: Wir brauchen nicht weniger Umweltschutz, nein, wir brauchen mehr Umweltschutz, aber wir brauchen einen Umweltschutz, der auf höhere Effizienz und auf bessere intelligentere technische Lösungen setzt.“

Im Zusammenhang mit dem Anliegen der Branche auf Erlaß von Wartungsrichtlinien zur Emissionsvermeidung bzw. -vermeidung wurde MdB Schwanhold konkret: „Daß wir dabei vorwiegend geschlossene Kreisläufe benötigen, und daß Wartung und Reparatur von Kälte- und Klimaanlage in die Hände von Fachleuten gehören und nicht dem überlassen werden können, der meint, die nötigen Voraussetzungen dazu zu erfüllen, scheint mir selbstverständlich. Diesem Bereich sollte sich die Politik zuwenden.“

UNSERE GLOSSE

Äußerst wirtschaftlich: Provisorien

Die Erfahrung führt zu der Erkenntnis: Nichts ist so beständig wie ein Provisorium. Obgleich man mit Provisorien also offensichtlich gut leben kann, haftet ihnen ein negativer Beigeschmack an. Es ist eben nichts Perfektes, manchmal nichts Halbes und nichts Ganzes, manchmal etwas pfuschig nicht immer ganz solide.

Aber, und das ist das entscheidende, Provisorien helfen zu leben, zu existieren, Werte zu schaffen.

Provisorien sind vielfach

- die ganz schnellen Problemlösungen – weil die Zeit drängt,

- die Mindeststandard's, weil das Geld knapp ist,

- ein Anfang, weil das Know-how fehlt.

So sind Provisorien immer ein Zeichen von Mangel – aber auch von Tatkraft! Hinter den Provisorien stecken oft kluge Köpfe, Pioniere, die aus Dreck Gold machen können und manchmal sind es auch Beutemacher, die sich mit Provisorien ihre Flexibilität erhalten und denen die Provisorien überhaupt nicht provisorisch genug sein können, damit man nicht sieht, wie gut sie damit leben.

Es geht im Leben jedoch nicht immer um provisorische Brücken, provisorische Straßen, provisorische Regierungen oder um eine provisorische Hauptstadt. Nein, manchmal geht es schlicht und einfach darum, wenigstens provisorisch den Hosenschlitz wieder zuzubekommen, weil zwei Knöpfe fehlen oder weil die beiden Hälften des Reißverschlusses nicht mehr ineinandergreifen.

Wer/was hilft in einem solchen Fall provisorisch? Natürlich die Sekretärin – mit einer Sicherheitsnadel. Ja, die Sicherheitsnadel, gäbe es sie nicht, sie müßte erfunden werden. Wieviel millionen- oder milliardenfach mag sie schon produziert worden sein und wie provisorisch mögen in der Vergangenheit die Produktionsstätten für Sicherheitsnadeln ausgesehen haben?

Ja, und wenn der kleine Auf-Zu-Schnippel zum Reißverschluß abreißt, was nimmt man dann? Nun, man fädelt eine Büroklammer ein, denn die hält noch viele Jahre:

Ob nun leider – oder glücklicherweise, das wissen die Götter, man kann nicht provisorisch heiraten. Wem jedoch die Zeit drängt, der besteige mit seinem Schatz einen Flieger mit Kurs „Las Vegas“. Eine dort ohne jede Vorplanung improvisierte Eheschließung läßt sich schnell und kostengünstig realisieren und an Freude und Glücksgefühl wird's sicherlich nicht mangeln.

Die daraus abgeleitete Erkenntnis, daß ein improvisiertes Provisorium so ganz ohne Planung – von jetzt auf gleich im Hau-Ruckverfahren durchgeführt – zu einer ganz außerordentlich wirtschaftlichen Lösung führen kann, sollte man stets im Hinterkopf behalten. So stellt sich abschließend noch die Frage: Könnte man nicht mit vielen, vielen improvisierten Provisorien auch viele Probleme lösen? R. P.